

P R E S S E I N F O R M A T I O N
=====

Pressekonferenz mit
Vizebürgermeister Felix SLAVIK
und Stadtrat Franz NEKULA
zum Thema
"Budget der Stadt Wien 1971
und Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke 1971"
24. November 1970, im Presseclub Concordia,
1, Bankgasse 8

Budget der Stadt Wien

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt für das Jahr 1971 steht im Zeichen einer wesentlichen Budgetausweitung, die auf die hohen Baukosten für Großvorhaben, vor allem den U-Bahn-Bau und den totalen Hochwasserschutz, zurückzuführen ist. Dazu kommt die Übernahme der Pensionslasten der Wiener Stadtwerke. Außerdem wird der ursprünglich bereits für 1970 und 1971 vorgesehen gewesene Bundesbeitrag zum U-Bahn-Bau erst ab 1972 geleistet werden. Dieser Rückstand wird dann allerdings aufgeholt werden, da die ursprünglich vereinbarte Höhe des Zuschusses von insgesamt 2,4 Milliarden Schilling unverändert bleibt. Der für 1970 und 1971 eingeplant gewesene Bundeszuschuß von 300 Millionen wird der Allgemeinen Rücklage entnommen.

Obwohl für 1971 mit einem nominellen Wirtschaftswachstum von acht bis neun Prozent und einer entsprechenden Einnahmensteigerung gerechnet

werden kann, wird es notwendig sein, einen Teil der zusätzlichen Belastungen durch Fremdmittel zu finanzieren, zumal die Mehreinnahmen überwiegend zur Deckung der Mehrerfordernisse bei den Personalausgaben und beim laufenden Sachaufwand erforderlich sind.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt für das Jahr 1971 sieht Einnahmen von 17,237 Millionen (1970: 15,032 Millionen) und Ausgaben von 17,533 Millionen (1970: 15,355 Millionen) vor, somit einen Abgang von 296 Millionen (1970: 323 Millionen). Gegenüber dem Voranschlag 1970 erhöhen sich die Einnahmen um 14,7 Prozent, die Ausgaben um 14,2 Prozent. Der veranschlagte Abgang beträgt 1,7 Prozent der Gesamtausgaben (im Vorjahr 2,1 Prozent).

Die Einnahmen

Entsprechend dem erwarteten Wirtschaftswachstum wird angenommen, daß die Ertragsanteile Wiens an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 5.420 Millionen betragen werden (1970: 4.970 Millionen). Das bedeutet, daß ihr Anteil an den Gesamteinnahmen von 38,6 auf 36,8 Prozent sinkt. Der Anteil der Landes- und Gemeindeabgaben (2,568 Millionen) bleibt mit 17,4 Prozent (1970: 17,5 Prozent) nahezu unverändert. Eine starke Zunahme bei der Post "Verschiedene Einnahmen" von 3,939 auf 4,889 Millionen beziehungsweise von 30,6 auf 33,2 Prozent der Gesamteinnahmen ist vor allem auf Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage und auf Fremdfinanzierung mit je 300 Millionen zurückzuführen. Bei Verwaltungsabgaben, Gebrauchsabgabe und Gebühren für die Benützung städtischer Einrichtungen ist infolge der gleichbleibenden Gebührensätze, die

dem Voranschlag zugrunde liegen, eine nur geringe Zunahme von 1.718 auf 1.849 Millionen zu verzeichnen, der Anteil an den Gesamteinnahmen sinkt deshalb von 13,3 auf 12,6 Prozent.

Unter den Einnahmen scheinen auch weiterzugebende Anleihen und Darlehen auf, und zwar eine Investitionsanleihe zugunsten der Wiener Stadtwerke von 750 Millionen und Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG zur Weiterleitung an industrielle Betriebe von 6,8 Millionen.

Höherer Anteil für Investitionen

Die erwähnten hohen Bauraten für Großprojekte haben zur Folge, daß der Anteil des Investitionsaufwandes an den Gesamtausgaben von 28,3 auf 29 Prozent steigt. Der Sachaufwand nimmt von 30,6 auf 31,7 Prozent zu, der Anteil der Personalkosten sinkt von 31,5 auf 31,1 Prozent, der Anteil der Darlehen von 9,6 auf 8,2 Prozent.

Personalangelegenheiten

Der Personalstand wird mit 37.330 um 1.038 Bedienstete höher als im Vorjahr sein. Der Mehrbedarf ist in erster Linie auf die höhere Dienstpostenzahl in den Wohlfahrts- und Krankenanstalten (546) und bei den Kindertagesheimen (106) zurückzuführen.

Der Stand der Pensionisten wird mit 18.318 angenommen, das sind um 267 mehr als im Vorjahr. Der gesamte Personalaufwand steigt von 4,160 auf 4.672 Millionen.

Finanzwesen

Im Voranschlag dieser Geschäftsgruppe scheinen die beiden erwähnten Großprojekte auf. Für den U-Bahn-Bau ist die erste große Bau-

rate mit 696,5 Millionen notwendig. Davon entfallen 560 Millionen auf den Bau von U 1 und U 2 sowie 53 Millionen auf die U 4. Auch für den verbesserten Hochwasserschutz ist erstmals eine hohe Baurate vorgesehen, nämlich 240 Millionen. Davon sind 75 Millionen für das rechte und 80 Millionen für das linke Donauufer vorgesehen, weiters 48 Millionen für den linken Donausammelkanal mit Hochwasserpumpwerk. 94,6 Millionen werden für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten bereitgestellt. Erstmals wird für die Übernahme der Pensionslasten der Stadtwerke vorgesorgt, 497 Millionen sind dafür vorgesehen.

Kultur, Schulverwaltung und Sport

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe III sind um 80,3 Millionen höher als im Vorjahr und betragen 833,2 Millionen. Davon entfallen 506,7 Millionen auf die Schulen. Für die große Oskar Kokoschka-Ausstellung sind 2,8 Millionen vorgesehen, für andere Ausstellungen und Veranstaltungen 6,6 Millionen, für die Studienförderung 7,5 Millionen, für die Wiener Festwochen acht Millionen und für die Fremdenverkehrsförderung 16,2 Millionen. Größere Vorhaben sind die Planung beziehungsweise der Baubeginn von vier neuen Häusern der Begegnung - Per Albin Hansson-Siedlung Ost, Rudolfsheim, Großfeld-Siedlung und Liesing - die Erweiterung des Internationalen Studentenhauses Döbling, die Errichtung der Volkshochschule Hietzing und die Generalinstandsetzung des Konservatoriums der Stadt Wien.

Im Rahmen der Denkmalpflege werden 6,2 Millionen ausgegeben, davon je 300.000 für den Stephansdom und die Karlskirche sowie 2,5

Millionen für die Anstaltskirche im Psychiatrischen Krankenhaus.

Für den Körpersport sind 83,2 Millionen vorgesehen, davon 21,1 Millionen für Förderungsbeiträge und 51,9 Millionen für bauliche Herstellungen. Von letzteren entfallen 27 Millionen auf die Radrennbahn und je 10 Millionen auf das Sportzentrum West und auf Stadthalle-Stadion-Stadionbad.

Für den Neubau von allgemeinbildenden Pflichtschulen sind 159,3 Millionen gegenüber 126,9 Millionen im Vorjahr vorgesehen. Damit wird der Neubau von 22 bereits begonnenen Schulen fortgeführt, mit der Errichtung von zehn weiteren Schulen wird begonnen. Überdies sind acht Millionen für mobile Schulklassen bereitgestellt.

Wohlfahrtswesen

Die Ausgaben in der Verwaltungsgruppe IV steigen um 9,3 Prozent auf 1.059,9 Millionen. Fast ein Drittel davon, nämlich 309,1 Millionen, entfällt auf die Kindertagesheime. Ende 1971 werden 839 Gruppen bestehen, wodurch auch ein wesentlicher Mehraufwand beim Personal entsteht. Elf neue Kindertagesheime werden 1971 im Bau sein oder fertiggestellt werden.

Es wird angenommen, daß 5.895 Kinder in der Pflege der Stadt Wien sein und daß 17.000 Säuglingswäschepakete benötigt werden. 7.608 Kinder werden in Erholungsheimen und Tageserholungsstätten untergebracht werden.

In der Erwachsenen- und Familienfürsorge sind unter anderem 116,4 Millionen für Dauerunterstützungen, 2,9 Millionen für die Aktion "Essen auf Rädern", 35,5 Millionen für die

Blindenbeihilfen, 5,6 Millionen für Mietzinsbeihilfen und 2,7 Millionen für Wohnbeihilfen vorgesehen. Die Zahl der Pensionistenklubs wird um fünf auf 122 vermehrt.

Gesundheitswesen

Die Wohlfahrts- und Krankenanstalten rechnen mit Ausgaben von 2.872 Millionen, denen lediglich Einnahmen in der Höhe von 1.280 Millionen gegenüberstehen. Rechnet man noch die auf den eigenen Fürsorgeverband entfallenden Pflegegebühren hinzu, so ergibt sich auf diesem Sektor ein Abgang von 1.719 Millionen, das sind um 161,8 Millionen mehr als im Jahre 1970.

Bei den Verbrauchsmaterialien ist ein Anstieg um 28,6 Millionen auf 401,1 Millionen veranschlagt, der in erster Linie auf den höheren Aufwand für Arzneimittel und Verbandstoffe zurückzuführen ist. Für bauliche Herstellungen sind 315,5 Millionen vorgesehen, davon 120 Millionen für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Weitere große Investitionen bedeuten der Neubau des Sonderkinderkrankenhauses Speising sowie die Errichtungen des unfallchirurgischen Pavillons und der Zentraldesinfektion im Wilhelminenspital, ferner der Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung und Modernisierungen in den Altersheimen. Für den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst werden sieben neue Ambulanzwagen angeschafft.

Planung

In der Verwaltungsgruppe VI steigen die Ausgaben von 25,5 Millionen auf 43,5 Millionen. Dazu gehören auch 4,5 Millionen für die Volkszählung 1971.

./.

Hochbau

Im städtischen Wohnhausbau sichert die Bereitstellung von 1.224,6 Millionen den Bau von 5.000 Wohnungen. Die in der Verwaltungsgruppe **VII** vorgesehenen Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus ermöglichen die Errichtung von mindestens 4.500 weiteren Wohnungen, dazu kommen noch 2.000 Wohnungen, die im Rahmen der Wiener Wohnbauaktion 1969 gefördert werden, und 1.400 Wohnungen, die mit Hilfe der Sozialen Wohnbauförderung der Stadt Wien gefördert werden. Somit werden 1971 insgesamt 12.900 Wohnungen errichtet beziehungsweise gefördert werden. Die für die Beschäftigung im Baugewerbe und in den Baunebengewerben in Betracht kommenden Ansätze betragen damit 5.743,8 Millionen.

Für Bauten der Heizbetriebe sind 52 Millionen erforderlich, wovon 40,4 Millionen auf das Fernwärmewerk Spittelau entfallen. Die Ausgaben für Bäderbauten steigen auf 65,3 Millionen, wovon 35 Millionen auf den Neubau des Dianabades und weitere beträchtliche Beträge auf den Ausbau des Ottakringer Bades, den Neubau des Schafbergbades und den Umbau des Jörgerbades entfallen.

Tiefbau

Für den Straßenbau sind 251,8 Millionen, für den Brücken- und Wasserbau 96,5 Millionen vorgesehen. Dazu kommen noch hohe Beträge für Straßen- und Brückenbauten, die unter anderen Budgetposten - etwa U-Bahn-Bau, Hochwasserschutz und Aufschließung von Betriebsbaugebieten - angeführt sind, so allein 39 Millionen für Straßenbauten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau.

Besonders große Einzelprojekte sind der Gaudenzdorfer Gürtel, Viktor Kaplan-Straße - Magdeburgstraße, die Ostbahnunterführung im

Zuge der Erzherzog Karl-Straße, Edelsinnstraße - Fasangartengasse - Atzgersdorfer Straße, der Gürtelausbau zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz sowie die Unterführung der Donauländebahn im Zuge der Laaer Berg-Straße.

120 Millionen sind für Kanalbauten veranschlagt, davon 42 Millionen für die Hauptkläranlage und 25 Millionen für den rechten Hauptsammelkanal mit Zuleitung zur Hauptkläranlage. Für Bauten der Wasserwerke sind 146 Millionen, des Gartenamtes 29,5 Millionen vorgesehen (davon fünf Millionen für die WIG 74). Für Stadtreinigung und Fuhrpark werden 498,5 Millionen bereitgestellt.

Für Lärmbekämpfung, Gewässerschutz und Luftreinhaltung sind 575.000 Schilling veranschlagt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieser Betrag nur für Untersuchungen bestimmt ist. Maßnahmen auf diesen Gebieten, wie etwa der Bau von Fernheizwerken und der Großkläranlage, werden in den dafür zuständigen Rubriken verrechnet.

Baubehördliche und sonstige technische

Angelegenheiten

Von den mehr als 262 Millionen, die in dieser Geschäftsgruppe auf der Ausgabenseite vorgesehen sind, entfallen 20,9 Millionen auf den Neubau und 10,9 Millionen auf die Erhaltung von Anlagen, die der Sicherheit des Verkehrs dienen, ferner 103 Millionen auf die öffentliche Beleuchtung und 123,4 Millionen auf die Friedhöfe.

Liegenschafts- und Zivilrechtswesen

250 Millionen sind für den Erwerb von Grundflächen vorgesehen. Dazu kommen noch die Beträge, die für Grundfreimachungen im Zuge

./.

des U-Bahn-Baus, des Hochwasserschutzes und der Aufschließung von Betriebsbaugebieten nötig sind.

Der Aufwand für die Feuerwehr steigt um nahezu 34 Millionen auf 217,3 Millionen.

Wohnungswesen

Von den Gesamtausgaben von 2.765 Millionen entfallen 1.347 Millionen auf die Wohnbauförderung (davon entfallen 1.080 Millionen auf die Leistungen des Bundes).

Wirtschaftsangelegenheiten

100 Millionen sind für den Großgrünmarkt Inzersdorf vorgesehen, 80 Millionen für neue Zentraleinrichtungen in St.Marx. Insgesamt sind für diese Geschäftsgruppe 491,7 Millionen vorgesehen, darunter auch Beträge für die Instandsetzung der Lainzer Tiergartenmauer und den Bau eines Forsthauses in Lainzer Tiergarten.

Verschiedene Rechtsangelegenheiten

Mit Ausgaben von 315.000 Schilling ist diese Geschäftsgruppe in finanzieller Hinsicht die kleinste, doch ist zu berücksichtigen, daß die Personalkosten und der Sachaufwand der zu dieser Geschäftsgruppe gehörenden Magistratsabteilungen nicht im Budget der Geschäftsgruppe, sondern auf den zuständigen Sammelrubriken aufscheinen.

Einsicht in den Voranschlag

Der Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1971 wurde heute, Dienstag, in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und des Finanzausschusses einstimmig gebilligt. Von 25. November bis 2. Dezember liegt er in der Schmidthalle des Rathauses zur Einsicht auf und kann dort auch gekauft werden. Am 9. Dezember beginnt die Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat.

Wirtschaftsplan der Stadtwerke

Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1971 unterscheidet sich grundsätzlich von den Vorlagen der vergangenen Jahre. Die Vereinbarungen, die zwischen der städtischen Finanzverwaltung und den Stadtwerken erzielt werden konnten, beseitigen das Defizit der Stadtwerke. Die Gebarung ist ausgeglichen, es kann sogar ein bescheidener Gewinn erwartet werden.

Kernpunkt der neuen Regelung ist bekanntlich, daß die Hoheitsverwaltung die Pensionslasten der E-Werke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe übernimmt. Dafür fällt die bisher an die Stadtwerke gewährte Subvention weg, außerdem bezahlen die Stadtwerke an die Finanzverwaltung 25 Prozent (ab 1973 nur mehr 20 Prozent) der Gehaltssumme als Dienstgeberbeitrag für die Pensionen. Aus den Vereinbarungen ergeben sich für die Stadtwerke eine Verminderung der Erträge um 290 Millionen und eine Verminderung der Aufwendungen um 1.165,3 Millionen, also eine Erfolgsverbesserung um 875,3 Millionen.

Im Wirtschaftsplan sind Erträge von 5.127,6 Millionen (1970: 5.283,1 Millionen) und Aufwendungen von 5.120,1 Millionen (1970: 5.767 Millionen) vorgesehen. Das Defizit der Wiener Stadtwerke hat im Jahre 1969 mehr als 455 Millionen ausgemacht, im Wirtschaftsplan 1970 war ein Abgang von 483,9 Millionen veranschlagt, für das kommende Jahr wird ein Gebarungsüberschuß von 7,5 Millionen angenommen.

Vorläufig keine Tarifänderungen

Die Stadtwerke stehen nun vor der Aufgabe, die erreichte günstige Position auch zu halten.

Da zu erwarten ist, daß die steigende Tendenz bei Preisen und Löhnen anhält, könnte sich aus dieser Verpflichtung früher oder später die Notwendigkeit ergeben, auch die Einnahmenseite zu überprüfen. Im Paragraph 25 des Statuts für die Unternehmungen der Stadt Wien ist bindend festgelegt, daß die Tarife jährlich daraufhin überprüft werden müssen, ob sie der wirtschaftlichen Zielsetzung (volle Deckung der Aufwendungen, Erhaltung der Wirtschaftssubstanz und Gewährleistung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung) entsprechen. Im Bereich der Stadtwerke ist nur bei der Bestattung die Verwirklichung dieser wirtschaftlichen Zielsetzung eindeutig gegeben. Die Stromtarife wurden zuletzt mit 1. Jänner 1965 gesamtösterreichisch geregelt. Angesichts des allgemeinen Kostenanstieges ist damit zu rechnen, daß über kurz oder lang nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich die Grenze überschritten wird, bis zu der diese Tarife tragbar sind. Bei den Gaswerken bedeutet die Umstellung auf Erdgas vorerst erhöhte Ausgaben, denen keine nennenswerten Mehreinnahmen gegenüberstehen. Wenn keine einschneidenden Änderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten, scheint es jedoch auf lange Sicht weiterhin vertretbar, von einer Tariferhöhung Abstand zu nehmen. Bei den Verkehrsbetrieben, deren Tarife zuletzt mit 2. Jänner 1967 neu festgesetzt wurden, ist die Erreichung der wirtschaftlichen Zielsetzung eindeutig nicht gegeben. Angesichts der nun erreichten günstigen Gesamtsituation der Stadtwerke sehen auch die Verkehrsbetriebe von einem Antrag auf Tarifänderungen ab, doch würde jede weitere Ver-

schlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation zu einer neuen Überprüfung dieser Frage zwingen.

750-Millionen-Anleihe für Investitionen

Die Wiener Stadtwerke beabsichtigen für das kommende Jahr Neuanschaffungen im Wert von 1.352,1 Millionen. Davon sind vorerst 138,4 Millionen mangels Bedeckung gesperrt, sodaß vorläufig 1,213,7 Millionen für Investitionen zur Verfügung stehen. Das sind um rund acht Prozent mehr als im Vorjahr.

Zur Deckung des Investitionsbedarfes der Stadtwerke wird wieder eine Wiener Stadtanleihe aufgelegt werden, die 750 Millionen bringen soll.

E-Werke: Acht Prozent mehr Strom

Die E-Werke erwarten für das kommende Jahr ein Ansteigen des Stromverkaufs um rund 8,1 Prozent auf 3.610 Gigawattstunden. Das entspricht ungefähr der bekannten Tatsache, daß sich der Stromverbrauch innerhalb von zehn Jahren ungefähr verdoppelt. Die enorme Zunahme des Strombedarfs erfordert entsprechend hohe Investitionen. Im kommenden Jahr sind dafür 809,2 Millionen vorgesehen, von denen vorläufig 724,1 Millionen (1970: 621,2 Millionen) frei zur Verfügung stehen. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sind der Bau des Kraftwerkes Donaustadt (224 Millionen), der Ausbau des Leitungsnetzes (259 Millionen) und der Neubau oder Ausbau von Umspann- und Unterwerken (166 Millionen).

Gaswerk: Umstellung auf Erdgas

Die Planung der Gaswerke steht im Zeichen der Umstellung auf Erdgas, die in kommenden Jahr wie vorgesehen fortgesetzt wird. 1971 wird die Umstellung links der Donau im wesentlichen

abgeschlossen werden, wobei annähernd 50.000 Kunden erfaßt werden.

Infolge der Umstellung ist ein weiterer Ausbau der Anlagen zur Gaserzeugung nicht mehr notwendig. Deshalb sinkt der Investitionsaufwand der Gaswerke. Von vorhergesehenen 154,4 Millionen sind derzeit 135,5 Millionen (1970:165,4 Millionen) frei verfügbar, wovon fast 85 Millionen auf das Straßenrohrnetz entfallen.

Für 1970 war mit einer Gasabgabe von 898 Millionen Kubikmeter gerechnet worden, doch wird diese Annahme infolge des außergewöhnlich kalten und langen Winters um voraussichtlich 36 Millionen Kubikmeter übertroffen werden. Unter der Voraussetzung durchschnittlicher Witterungsverhältnisse ist 1971 mit einer Stadtgasabgabe von 990 Millionen Kubikmeter zu rechnen. Darin sind die Direktlieferungen von 16,2 Millionen Normkubikmeter Erdgas enthalten, die rund 36 Millionen Kubikmeter Stadtgas entsprechen.

Verkehrsbetriebe: 424 Millionen Fahrgäste

Da der Fahrgastschwund fast völlig zum Stillstand gekommen ist, rechnen die Verkehrsbetriebe mit 424,2 Millionen Fahrgästen im kommenden Jahr, davon 418,1 Millionen im Einheitstarif und 6,1 Millionen im Autobus-Sondertarif. Diese Zahlen zeigen eindringlich, welche große Bedeutung die Verkehrsbetriebe für das Großstadtleben haben und welche Leistung sie zu erbringen haben.

Der durchschnittliche Erlös pro Fahrgast wird mit 243,5 Groschen angenommen, erreicht also nicht einmal die Hälfte des Grundtarifs von fünf Schilling. Von 377,5 Millionen, die für Investitionen vorgesehen sind, stehen vorläufig 343,1 Millionen (1970: 327,7 Millionen) frei zur Verfügung. Für die Erneuerung des Wagenparks der Straßenbahn sind 134,2 Millionen vorgesehen.

Sowohl bei der Straßenbahn wie beim Autobusbetrieb bedeutet die Anschaffung neuer Wagen zugleich eine Rationalisierung durch Typenbereinigung, modernste Ausstattung, Einmann-Autobusse und schaffnerlose Züge. Der Umbau weiterer Autobusse für den Einsatz von Flüssiggas ist ein Beitrag zur Luftreinhaltung, der Einbau weiterer Ölwirbelbremsen ein Beitrag zur Lärmbekämpfung.

Für den Bau der neuen Hauptwerkstätte in Simmering sind 72 Millionen vorgesehen. Mit der Übersiedlung des Autobusbetriebes in den bereits fertiggestellten Teil dieser modernen Großwerkstätte, die noch heuer erfolgt, ist ein wichtiger Abschnitt bei der Verwirklichung dieses Vorhabens erreicht.

Bestattung

Die Bestattung rechnet für 1971 mit 28.300 Bestattungsleistungen, 3.100 anderen Leistungen und 1.000 Bestattungen zu Lasten der Stadt Wien. Von den geplanten Investitionen im Wert von 10,9 Millionen entfallen 6,6 Millionen auf die Ausgestaltung der Friedhofs-Aufbahnhallen.

Die zufriedenstellende wirtschaftliche Lage der Bestattung ergibt sich nicht aus den Tarifen, die nicht kostendeckend sind, sondern aus dem Gewinn der angeschlossenen Sargfabrik, von der mehr als die Hälfte der Produktion in andere Bundesländer geliefert wird.

Weniger Personal

Die Wiener Stadtwerke haben ihren Wirtschaftsplan einen Personalstand von 17.215 dauernd Beschäftigten zugrunde gelegt, das sind um 179 weniger als im laufenden Jahr. Dazu kommen 192

Lehrlinge (1970: 211) und 120 (1970 ebenfalls 120) fallweise Bedienstete (Träger der Bestattung). Das Sinken des Personalstandes ist teils auf Rationalisierungen, teils auf den Personalunterstand bei den Verkehrsbetrieben zurückzuführen.

Der Personalaufwand der Stadtwerke wird mit rund 1.358 Millionen angenommen.

Bessere Kapitalsituation

Das Gesamtbild der Wiener Stadtwerke, dem bilanzmäßig fünftgrößten Unternehmen Österreichs, wird im kommenden Jahr durch die entscheidend verbesserte Kapitalsituation abgerundet. Die Übernahme der Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung ermöglicht es, die rund 4,5 Milliarden Rücklagen für Pensionszahlungen in Eigenkapital der Stadtwerke umzuwandeln. Dadurch verändert sich das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital von 13 : 87 auf 46 : 54. Für einen Betrieb dieser Größe ist dies ein ausgezeichnetes Verhältnis.

- - -